

Neubauer, Wilhelm

Article — Digitized Version

## Theorie zur Bekämpfung monetärer Krisen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Neubauer, Wilhelm (1954) : Theorie zur Bekämpfung monetärer Krisen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 11, pp. 615-624

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131984>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# ABHANDLUNGEN

## Theorie zur Bekämpfung monetärer Krisen

Prof. Dr. Wilhelm Neubauer, Wien

*Es dürfte im Zusammenhang mit den im „Wirtschaftsdienst“ so ausgiebig erörterten Vorschlägen zur Finanz- und Steuerreform von Interesse sein, auch diese extrem monetäre Theorie zur Krisenbekämpfung unseren Lesern vorzuführen. In Fortbildung Keynes'scher Gedankengänge wird hier versucht, ein theoretisches System der leichten Geldemission gekoppelt mit einer konsequenten Geldabschöpfung durch eine verfeinerte Warenumsatzsteuer zu entwickeln. Es ist das Vorrecht des Theoretikers, ein geschlossenes System gedanklich bis ins Extrem zu führen. Es wird die Pflicht des Wirtschaftspolitikers sein, in sorgfältiger Abwägung der praktischen Möglichkeiten sich die Erkenntnisse theoretischer Systeme zu eigen zu machen.*

Soweit Wirtschaftskrisen nicht auf außerwirtschaftliche Verhältnisse (Kriegszerstörungen, soziale Spannungen und politische Unruhen, Mißernten u. dgl.) zurückzuführen sind, hängen sie vorwiegend mit Störungen des normalen Geldumlaufs zusammen. Alle Wirtschaftskrisen sind bis zu einem gewissen Grade zugleich auch Geldkrisen und lassen sich als solche verhältnismäßig leicht durch geeignete finanzpolitische Maßnahmen bekämpfen. Bald ist es Geldmangel, bald Geldüberhang, der im Krisenverlauf stärker hervortritt und das normale Funktionieren der wirtschaftlichen Ausgleichskräfte behindert.

Geldmangel kann auf verschiedene Ursachen zurückgehen. Im Beginn der Entwicklung des Geldwesens, bei noch unausgebildetem Kreditsystem, mußte mit Notwendigkeit immer Geldmangel entstehen, wenn die Produktion der zu Währungszwecken verwendeten Metalle hinter der sonstigen Gütererzeugung zurückblieb. Auch die unentwickelten Verkehrsverhältnisse begünstigen das Entstehen von Geldmangelkrisen.

Mit Geldüberhang zusammenhängende Krisen haben erst mit der Erfindung und Verbreitung des Papiergeldes größere Bedeutung erlangt. Unverhältnismäßige Preissteigerungen sind natürlich auch bei Metallgeld möglich, aber doch nicht in dem Ausmaß wie bei einer reinen Papierwährung. Eine „Goldinflation“ in Goldwährungsländern ist keine bedenkliche Angelegenheit und kann durch geeignete Maßnahmen sehr rasch bereinigt werden. Bei einer unfundierten Papierwährung hingegen kommt die Geldvermehrung nur allzu leicht erst mit einem vollständigen Zusammenbruch der Währung zum Stillstand.

Gegen die Gefahr einer übermäßigen Ausgabe von Banknoten glaubte man sich früher nicht anders als durch strenge Deckungsvorschriften schützen zu können. Hält man sich daran, so kann in jedem Augenblick, schon in den ersten Anfangsstadien einer aufsteigenden Wirtschaftsentwicklung, die Gefahr einer unzulänglichen Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln akut werden. Mit Geldmangel zusammenhängende Krisen sind, so leicht sie sich auch bei richtiger Einsicht in die wirtschaftlichen Kausalzusammenhänge verhüten lassen, heute kaum seltener geworden.

Eine wertbeständige Währung läßt sich an sich auf verschiedenem Wege erreichen. Keine der bisher zur Anwendung gekommenen Methoden hat sich so bewährt, daß das Währungsproblem praktisch als gelöst angesehen werden könnte.

In einer autoritär geregelten, streng gebundenen Wirtschaft bereitet die Preisstabilisierung gewiß keine besonderen Schwierigkeiten. Allerdings hat die gebundene Wirtschaft auch ihre Schattenseiten. Die Wirtschaft reagiert nicht mehr selbsttätig auf das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage. Die freie Unternehmerinitiative, der so viele produktionstechnisch bedeutungsvolle Fortschritte zu verdanken sind, ist ausgeschaltet. Ein schwerfälliger bürokratischer Verwaltungsapparat übernimmt die zentrale Leitung der Produktion. In einer Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs ist es nicht leicht, unter Ausschaltung des freien Wettbewerbs die Preise jeweils so festzusetzen, daß sie den wahren Produktionskosten und dem tatsächlichen Stand der Wirtschaftsentwicklung entsprechen. Behördliche Preisfixierungen können die natürliche Entwicklung unter Umständen genau so hemmen und unterbinden wie starre Vorschriften über eine entsprechende Notendeckung.

In der freien Wirtschaft bildet die Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus ein weit schwierigeres und ernsteres Problem. Nur ein sich den Fluktuationen von Angebot und Nachfrage elastisch anpassendes Geldsystem kann den Ausbruch verheerender Wirtschaftskrisen verhindern.

Wir wollen uns unsere Aufgabe nicht unnötig erschweren, nicht alle möglichen Fälle eines Absinkens oder eines Steigens der Kaufkraft des Geldes als Folge einer unverhältnismäßigen Zunahme oder Abnahme der als Nachfrage am Warenmarkt auftretenden Geldmenge in den Bereich unserer Untersuchungen einbeziehen. Wir können auf die Beibringung statistischer Daten und historischen Beweismaterials ganz verzichten, da sich das, worauf es schließlich ankommt, auch rein logisch klarstellen läßt. Es handelt sich bei unserem Problem tatsächlich nur um eine reine Maßfrage, die als solche nicht unlösbar sein kann. Eine vernünftig geregelte Notenvermehrung wird niemals eine Wirtschaftskrise auslösen, wenn die

zusätzliche Notenausgabe mit der Steigerung der Güterproduktion gleichen Schritt hält, sei es auch, daß sie ihr sogar immer einen Schritt vorausseilt. Es ist bei zusätzlicher Notenausgabe und bei Bereitstellung öffentlicher Mittel für neugeplante Unternehmungen natürlich immer nur die Gefahr der Inflation, die wir zu fürchten haben und gegen die erforderlichenfalls besondere Vorkehrungen getroffen werden müssen. Es läßt sich verstehen, daß man, wenn die Inflation bedrohliche Ausmaße annimmt, zur Deflation seine Zuflucht nimmt und an der Deflationspolitik noch festhält, wenn sich die Preisverhältnisse längst grundlegend gewandelt haben. Radikale Maßnahmen gegen eine ungesunde Preisaufblähung sind unter Umständen unvermeidbar. Eine Geldreform, die nur eine tatsächlich bereits eingetretene Einkommensverschiebung nachträglich gesetzlich sanktioniert, alle Hoffnungen auf eine Wiederherstellung alter Gläubigerrechte ein für allemal begräbt und einen Wirtschaftsaufstieg auf ganz neuen Grundlagen anbahnt, mag manchmal vielleicht der einzige Ausweg aus einer unhaltbar gewordenen Situation sein. Aber es heißt den Teufel durch Beelzebub austreiben, wenn man, um Inflation zu verhüten, zu Maßnahmen greift, die in ihren letzten Konsequenzen eine Wirtschaftsschrumpfung und Massenarbeitslosigkeit nach sich ziehen müssen. Die Lehren der letzten Wirtschaftskrise, die dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges voranging und ihn letztlich verursachte, sollte die Menschheit nie vergessen. Nicht im Geldüberfluß erstickte die Wirtschaft — sie ging an Geldmangel zugrunde. Neue Geldkrisen könnten in ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen den Boden für einen dritten Weltkrieg bereiten.

Arbeitslosigkeit ist, von welchem Standpunkt aus immer betrachtet, ohne Zweifel die bedenklichste aller Krisenerscheinungen. Durch nichts wird der wirtschaftliche und soziale Fortschritt stärker gehemmt als durch erzwungene Untätigkeit arbeitswilliger Menschen. Sind alle Hände vollbeschäftigt, so braucht uns um die Vollendung des großen Werkes des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und um den Ausbau eines sozialen Wohlfahrtsstaates nicht bange zu sein. Aber Vollbeschäftigung werden wir nie erreichen, solange die bestehenden Deckungsvorschriften einer ausreichenden Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln hinderlich im Wege stehen. Geldmangel und Arbeitslosigkeit sind untrennbare Begriffe. Die Entstehung und der Verlauf der letzten großen Deflationskrisis bestätigt unsere Auffassung in jeder Hinsicht. Von Arbeitslosigkeit war in der Inflationszeit noch keine Rede. Die Inflation entwertete das Lohneinkommen der Werk tätigen, hatte aber an sich die Tendenz, die Produktion zu beleben und die Beschäftigung der Arbeiter zu steigern. Die Arbeitslosigkeit nahm erst mit der auf Hebung des Geldwertes abzielenden Deflationspolitik einen erschreckenden Umfang an und verschwand wieder, als man nach dem politischen Umsturz und dem Übergang zur staatlich gelenkten Wirtschaft ganz ohne Rücksicht auf die Deckungsfrage soviel Geld in Umlauf setzte, wie die Wirtschaft eben

brauchte. Dabei ist zu bedenken, daß die Preis- und Lohnstabilisierung im wesentlichen gelang, obwohl die ausgegebenen Noten nur zum Teil wirklich produktiven Zwecken zugute kamen.

Im allgemeinen ist die Gefahr, daß es in Ländern mit reiner Papierwährung noch einmal zu einer Deflationskrisis großen Ausmaßes kommen könnte, nicht sehr groß. Allerdings, gewisse unerfreuliche Erscheinungen, die in Deflationszeiten beängstigende Dimensionen annehmen, beschränken sich nicht auf die heute noch unbeirrt an der Goldwährung festhalten den Länder. Am Arbeitsmarkt übersteigt das Angebot noch immer beträchtlich die Nachfrage. Den Zuzug und die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sucht man nach Möglichkeit einzuschränken. Der mit der allgemeinen Geldknappheit zusammenhängende hohe Zinsfuß erschwert die Investitionstätigkeit. Gewiß, das alles deutet noch nicht auf eine unmittelbar bevorstehende oder allmähliche herannahende Deflationskrisis hin. Ein Preissturz, eine Überproduktionskrisis, ist bis auf weiteres nicht wahrscheinlich. Im Gegenteil, infolge der unverhältnismäßig hohen Ausgaben für militärische, unproduktive Zwecke überwiegt heute in den meisten Ländern eher die steigende Preistendenz. Nicht die Deflation, die Inflation ist die große Sorge unserer Staatsmänner und Wirtschaftsfachleute.

Durch Drosselung des Notenumlaufs, Krediteinschränkung, äußerste Sparsamkeit bei der Verwendung staatlicher Mittel, Steuererhöhungen sucht man der Inflation vorzubeugen, zu deren Bekämpfung gegebenenfalls auch noch wirksamere Waffen aus dem Arsenal einer autoritär gelenkten Wirtschaft hervorgeholt werden: Zwangsbewirtschaftung knapp gewordener Bedarfsgüter, Lohn- und Preisstopp, den Arbeiter- und Unternehmerverbänden aufgezwungene Lohn- und Preisabkommen, Geldabschöpfung durch Notenumtausch im äußersten Falle eines drohenden vollständigen Zusammenbruchs der Währung. Von allen diesen Methoden wurde im Laufe der letzten Jahre ausgiebig Gebrauch gemacht, ohne daß von einer endgültigen Bannung der Inflationsgefahr die Rede sein könnte. Von Deflation spricht man heute weniger. Aber einflußreiche Finanzkreise treten schon wieder für die Rückkehr zur Goldwährung ein, deren Einführung in den goldarmen Ländern natürlich nur bei einer bedeutend verschärften Deflationspolitik möglich wäre. Hoffentlich bleiben wir davon verschont.

Die Zeiten der Goldwährung sind wohl endgültig vorbei. Aber es ist auch notwendig, gründlich mit gewissen Vorurteilen aufzuräumen, die noch aus der Zeit der Goldwährung stammen. Wir leben und wirtschaften trotz fehlender Goldeckung noch immer so, als ob wir eine Goldwährung hätten. Unsinnige Deckungsvorschriften hemmen die volle Entfaltung der Wirtschaft. Solange über die geeignetste, einfachste, die Unternehmerinitiative am wenigsten behindernde, ihren Zweck mit einem Minimum staatlichen Zwangs erreichende Methode der Inflationsbekämpfung keine Klarheit besteht, wird an der heutigen wirt-

schaftswürgenden Deflationspolitik aller Voraussicht nach auch weiterhin festgehalten werden. Ein krisenfreies Finanzsystem, das gegen Inflation und Deflation zugleich schützt, kennt die Finanzwissenschaft heute noch nicht.

#### BEKÄMPFUNG VON DEFLATIONSKRISEN

##### Ursachen und Wirkungen der Deflation

Abnormen marktwirtschaftlichen Vorgängen liegt letztlich immer ein Mißverhältnis zwischen angebotener Warenmenge und nachfragendem Geldnominal zugrunde. Bei den schwersten und bedenklichsten aller Krisen, den in der unkontrollierten kapitalistischen Wirtschaft mit periodischer Regelmäßigkeit wiederkehrenden, durch fallende Preise und Massenarbeitslosigkeit gekennzeichneten Deflationskrisen (Überproduktionskrisen) ist das Warenangebot weit größer als die kaufkräftige Nachfrage. Die Güterproduktion steigt in Zeiten der Hochkonjunktur rascher an als das Lohn Einkommen und die Kaufkraft der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, woraus mit Notwendigkeit Absatzschwierigkeiten entstehen müssen, wenn die Wirtschaft ungenügend mit Zahlungsmitteln versorgt wird. Die Krise bricht nach einer länger oder kürzer dauernden Periode wirtschaftlichen Aufschwungs oft jäh und unvermittelt aus, wenn die Banken bei den ersten Anzeichen der Möglichkeit eines Tendenzumschwungs die früher reichlich gewährten Kredite vorbeugend einschränken, was mit der weiteren Ausbreitung der Krise in wachsendem Maße Zusammenbrüche der Grenzunternehmer, Betriebsstillegungen, Arbeiterentlassungen, Lohnkürzungen und einen allgemeinen Preissturz nach sich zieht. Statt sich zu steigern, schrumpft der Geldumlauf katastrophal zusammen, mit ihm die ganze Wirtschaft. Die Wirtschaftserholung setzt erst ein, wenn das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wiederhergestellt ist und die oft weit unter das Niveau der normalen Produktionskosten gesunkenen Preise nach Räumung der Lager und Beseitigung des Warenüberschusses wieder anziehen beginnen.

Die im Verlauf der Deflationskrise eintretende Schrumpfung des Gesamtprodukts geht natürlich nicht gleichmäßig vor sich. Es gibt wohl kaum einen einzigen Menschen, der durch die Krise nicht irgendwie benachteiligt wäre. Aber es gibt Unterschiede im Grad der Benachteiligung.

In Deflationszeiten sinken mit den Warenpreisen auch die Arbeitslöhne. Der unverkaufte Warenüberschuß drückt auf die Preise und gleichzeitig auf die Löhne. Die Unternehmer haben bei sinkenden Preisen nicht genug Geld, die bisherigen Löhne weiterzuzahlen, geschweige denn sie zu erhöhen. Je tiefer die Löhne sinken, je mehr Arbeiter entlassen werden, desto schwieriger wird es, die in der Zeit der Hochkonjunktur in Erwartung steigender Preise erzeugten Waren abzusetzen.

Einer solchen unheilvollen Entwicklung sehen die Unternehmer nicht tatenlos zu. Durch Produktionseinschränkung und Verringerung des Warenangebots suchen sie dem drohenden Preissturz vorzubeugen.

Unternehmerkartelle, deren Zustandekommen durch hohe Schutzzölle staatlicherseits nicht selten sogar noch gefördert wird, diktieren die Preise, treiben sie oft weit über die wahren Produktionskosten empor. Mit den Grundsätzen der freien Wirtschaft ist eine derartige monopolistische Preispolitik gewiß unvereinbar. Die Vertreter der Unternehmerinteressen machen dagegen geltend, daß eine Regulierung der Produktion und des Absatzes zur Sicherung eines angemessenen Unternehmergewinns unerlässlich sei. Unternehmergewinn und Gesamtinteresse sind verschiedene Dinge. Es liegt auf der Hand, daß sich bei dieser Art von Planwirtschaft der Anteil der Unternehmer am Sozialprodukt auf Kosten des Anteils der breiten Massen der Verbraucher und der arbeitenden Bevölkerung unverhältnismäßig vergrößert. Der Gefahr einer Deflationskrise kann auch auf andere Weise als durch Produktionseinschränkung begegnet werden.

Ein krisenhaftes Sinken der Warenpreise läßt sich nicht bloß durch Produktionseinschränkung, sondern ebenso gut und so gar noch weit besser durch eine Vermehrung des nachfragenden Geldnominals verhüten. Die Unzulänglichkeit der heutigen Organisation des Geldwesens hat sich in der Vergangenheit oft genug erwiesen. Hier sind im Interesse des Allgemeinwohls durchgreifende Reformen unumgänglich notwendig.

##### Bekämpfung der Deflation durch zusätzliche Notenausgabe

Geldmangel ist ohne Zweifel die Hauptursache der Deflationskrisen. Die natürliche Abhilfe gegen Geldmangel, Preis- und Wirtschaftsverfall, gegen Deflation bildet eine ganz konsequent auf Hebung der Kaufkraft der breiten Masse, Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung des Lohnniveaus ausgerichtete zusätzliche Notenausgabe.

Die Notenemission ist heute in den kapitalistischen Ländern Notenbanken anvertraut, die im wesentlichen vom Staat unabhängig sind und sich bei der Notenausgabe von rein kaufmännischen Gesichtspunkten leiten lassen. Dieses System stammt noch aus einer Zeit, die die staatliche Initiative in wirtschaftlichen Angelegenheiten grundsätzlich ablehnte. Das Argument, daß eine Verstaatlichung der Notenbank der Inflation Tür und Tor öffnen könnte, verdient kaum mehr eine ernsthafte Widerlegung. Die Erfahrung lehrt, daß eine Inflation auch bei dem heutigen Währungssystem nicht vermieden wird, da der Staat über genügend Druckmittel verfügt, die Notenpresse in kritischen Zeiten für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen. Weit schwerer fällt ins Gewicht, daß das heutige System die Deflationsgefahr bedeutend steigert. Man kann einem privaten Geldinstitut nicht gut zumuten, seine Kreditpolitik statt auf Profit und Dividenden in allem und jedem auf das Allgemeinwohl auszurichten. Eine private Notenbank setzt sich gegebenenfalls mit den Unternehmern über die Höhe des Wechseldiskonts auseinander, aber sie verhandelt nicht mit Arbeitern über die Höhe des wirtschaftlich gerechtfertigten Arbeitslohns. Die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen fällt nicht in ihren Auf-

gabenbereich. Die Finanzierung von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser überläßt sie dem Staat und öffentlichen Körperschaften, deren finanzielle Mittel in Zeiten allgemeiner Geldknappheit und Wirtschaftsschrumpfung allerdings sehr beschränkt sind. Durch eine richtig gehandhabte zusätzliche Notenausgabe läßt sich ohne Frage der die Krise verursachende Geldmangel unschwer beheben.

Wird der Geldmangel und die mangelnde Nachfrage nach Waren durch zusätzliche Notenausgabe behoben, so verschwindet das Überangebot an Waren, und es bleibt bei fortdauernder Zunahme der Produktion nur eine sinkende Preistendenz übrig, die es ermöglicht, von der die Wirtschaft im Gegensatz zu Steuern überhaupt nicht belastenden zusätzlichen Notenausgabe weiterhin solange Gebrauch zu machen, als die sinkende Preistendenz nicht in das Gegenteil umschlägt. Solange die sinkende Preistendenz anhält, können wir unbesorgt produktive Arbeitsvorhaben statt aus Steuergeldern durch zusätzliche Notenausgabe finanzieren. Wir können zur sofortigen Besserung der Lage der Werktätigen die Löhne erhöhen, woraus sich ebenfalls eine Ausweitung des Geldumlaufs ergibt. Die Bekämpfung von Deflationskrisen ist verhältnismäßig einfach, weit einfacher als die Bekämpfung von Inflationskrisen.

Es sind Zeiten relativen Warenüberflusses, die die Arbeitslosigkeit fördern, sie in einer auf Gewinn und Gelderwerb eingestellten Wirtschaft mit Notwendigkeit hervorrufen müssen. Man spricht von Überproduktionskrisen, ohne sich immer darüber klar zu sein, daß es nicht ein Zuviel an Gütern, sondern ein Zuwenig an Geld ist, das die Krise erzeugt und nährt. Die schwersten sozialen Erschütterungen sind unausbleiblich, wenn die im Überfluß vorhandenen Waren wegen mangelnder Kaufkraft der breiten Massen keinen Absatz finden und die Fabriken stillstehen, weil die Banken die Kredite sperren und kein Geld zur Auszahlung der Arbeiter vorhanden ist.

Daß die Überproduktion mit der mangelnden Kaufkraft der Verbraucher zusammenhängt, bezweifelt niemand, ebensowenig, daß die mangelnde Kaufkraft der Verbraucher in der Hauptsache auf die unzulängliche Entlohnung der Arbeiter zurückgeht. Schwieriger ist es schon klarzustellen, warum eigentlich die Arbeitslöhne so niedrig sind. Die übliche Erklärung ist der Hinweis auf den Druck, den die „industrielle Reservearmee“ auf den Arbeitslohn ausübt. Die Antwort auf jede Frage wirft neue Fragen auf. Woher stammt die industrielle Reservearmee? Die Monopolisierung der Produktionsmittel, im besonderen des wichtigsten Produktionsmittels, des Grund und Bodens, spielte — rein historisch betrachtet — bei der Entstehung der industriellen Reservearmee gewiß eine bedeutende Rolle. Reicht die Monopoltheorie des Lohnes aber auch zur Erklärung der heutigen Überproduktions- und Arbeitslosigkeitskrisen aus? Wohl begünstigt die ungleichmäßige Besitzverteilung, die Konzentration des Besitzes in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Minderheit, das Entstehen der Arbeitslosigkeit.

Aber Besitzlosigkeit bedeutet noch nicht Arbeitslosigkeit. Es müßte auch bei einer sehr weitgehenden Klassendifferenzierung und Monopolisierung der Produktionsmittel nicht unbedingt Arbeitslosigkeit geben. Der technische Fortschritt begünstigt als solcher ohne Frage die Arbeitslosigkeit. Gleichwohl müßte es keine Arbeitslosigkeit geben, wenn mit der Vermehrung des Warenangebots gleichzeitig auch die Nachfrage nach Waren stiege und kein Unternehmer Anlaß hätte, wegen mangelnder Nachfrage die Produktion einzuschränken. Angebot und Nachfrage haben allerdings ihre eigenen Entwicklungsgesetze. Von Zeit zu Zeit eilen Produktion und Angebot der Nachfrage weit voraus. Dann muß es in einer sich selbst überlassenen Wirtschaft zu krisenhaften Erscheinungen: Absatzschwierigkeiten, Produktionseinschränkungen, Arbeiterentlassungen kommen. Waren sind in der Zeit der Krise im Überfluß vorhanden. Aber es mangelt an kaufkräftigen Käufern, anders gesagt an Geld.

Was können wir zur Erzielung eines Zustandes dauernder Vollbeschäftigung tun? Genügt eine einfache radikale Beseitigung der Monopole im Wege staatlicher Zwangsmaßnahmen — auch progressive Besitzsteuern kommen hier in Frage — und werden mit der Herstellung einer gleichmäßigeren Besitz- und Einkommensverteilung die Krisen verschwinden? Den Optimismus der alten liberalen Schule, daß bei einem vollkommen freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte die bestehenden Monopole mit der Zeit der Selbstauflösung verfallen müßten, teilen wir nicht. Gibt es Tendenzen, die in dieser Richtung wirken, so gibt es auch Gegenteilstendenzen. Jede Wirtschaftskrise verschlimmert die sozialen Mißstände. Nur wenn es durch planvolles Eingreifen der Staatsgewalt, sei es auch durch rein monetäre Maßnahmen, gelingen sollte, die Wirtschaftskrisen ganz auszuschalten, besteht einige Hoffnung, daß die freie Konkurrenz schließlich auch das soziale Besitzmonopol beseitigen könnte. Eine unmittelbar auf Hebung des Arbeitslohns und der allgemeinen Kaufkraft abzielende Emissionspolitik einer staatlichen Notenbank könnte die Entwicklung in dieser Richtung sicherlich beschleunigen. Gibt es eine Möglichkeit, die soziale Frage ohne Gewalt zu lösen, so sollten wir sie nicht ungenützt lassen!

Daß Vollbeschäftigung im Rahmen einer den Arbeitseinsatz autoritär regelnden Zwangswirtschaft möglich ist, darüber besteht kein Zweifel. Die heutigen Volksdemokratien, in denen der private Unternehmerbetrieb fast völlig durch gemeinschaftliche Organisationsformen verdrängt ist, sind ein Beweis dafür. Zwang gehört an sich gewiß nicht zum Wesen der Gemeinwirtschaft, die im Vergleich zur unternehmungsweisen Produktion immerhin eine höhere Form der Organisation menschlicher Arbeit darstellt. In einer rationell organisierten Gemeinwirtschaft gibt es keine Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung. Produktionseinschränkungen zur Erzielung höherer Preise sind im Gegensatz zur kapitalistischen Produktion der

Gemeinwirtschaft fremd. Die Frage ist nur die, ob sich eine krisenfeste Wirtschaft, dauernde Vollbeschäftigung und allgemeiner Wohlstand nicht auch bei Aufrechterhaltung des Selbstbestimmungsrechts des Individuums erreichen ließen.

Unser Vorschlag zeigt einen gangbaren Weg, wie es auch bei voller Aufrechterhaltung des Freizügigkeitsrechtes und freier Lohnbildung möglich ist, allen Arbeitswilligen zu einem ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu verhelfen. Mögen auch arbeitsparende Produktionsmethoden in manchen Produktionszweigen den Bedarf an menschlichen Arbeitskräften vorübergehend oder auch dauernd verringern, umwälzende Erfindungen rufen immer wieder neue, viele Tausende und Hunderttausende beschäftigende Industrien ins Leben. Wenn die Finanzierung solcher neuer Unternehmen die Kräfte der privaten Wirtschaft übersteigt, muß eben der Staat diese Aufgabe auf sich nehmen. Er kann dies in einem Umfang tun, daß jeder, der arbeiten will, Arbeit findet. Wir dürfen und werden uns nicht darauf beschränken, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Ein wirklich großzügiger Ausbau der sozialen Fürsorge ist kaum weniger wichtig und muß, wenn die soziale Frage auf friedlich-evolutionärem Wege gelöst werden soll, unter allen Umständen ernstlich ins Auge gefaßt werden.

Vorschläge, auf rein monetärem Wege Krisen, insbesondere Deflationskrisen zu verhüten und damit gleichzeitig auch die soziale Frage zu lösen, gibt es genug. Aber Krisen gibt es weiterhin, und von einer Lösung der sozialen Frage sind wir noch weit entfernt. Hier soll nur ganz kurz auf eine neuere Theorie Bezug genommen werden, die wegen des hohen Ansehens, das ihr Autor in der Finanzwissenschaft und in den Kreisen der Finanzwelt genießt, wohl besondere Beachtung verdient.

Keynes hat eine interessante Theorie der Arbeitslosigkeit entwickelt, nach der die Ursache der mangelnden Beschäftigung der Arbeiter in dem Mißverhältnis zwischen Sparen und Ausgeben liegt. Wird mehr gespart als ausgegeben, steigt die Arbeitslosigkeit. Ist das Gegenteil der Fall, sinkt sie. Der Grund, warum im allgemeinen mehr gespart als ausgegeben werde, ist nach Keynes die unregelmäßige Besitz- und Einkommensverteilung. Die Abhilfe liege in einer stärkeren Besteuerung des Besitzeinkommens und einer großzügigen, den breiten Massen der Bevölkerung zugute kommenden staatlichen Investitionstätigkeit. Keynes scheut sich nicht, zur Sicherung der Vollbeschäftigung auch das verpönte Mittel der Notenpresse zu empfehlen.

Die Theorie kommt der Wahrheit sehr nahe, ist aber doch in mancher Hinsicht unbefriedigend. Wird mehr gespart als ausgegeben, so sinkt der Zinsfuß, was die Produktion verbilligt, die Produktion und Beschäftigung der Arbeiter fördert. Im Gegenfall steigt der Zinsfuß, was die Produktionskosten der Unternehmer erhöht und der Beschäftigung der Arbeiter abträglich ist. Auch die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagene Wirtschafts- und Finanzpolitik ist nicht in jeder Hinsicht überzeugend.

Die stärkere Besteuerung des Besitzeinkommens beeinträchtigt die Kapitalakkumulation, erhöht den Zinsfuß und kann sich bei nachlassender privater Investitionstätigkeit auch gegen die Arbeiterschaft wenden. Daß hingegen eine verstärkte staatliche Investitionstätigkeit die Beschäftigung der Arbeiter und den Arbeitslohn steigern muß, bedarf keiner ausführlicheren Begründung. Soweit das Mittel der Banknotenpresse zur Sicherung der Vollbeschäftigung in Frage kommt, hängt alles davon ab, ob es gelingt, trotz erhöhter Notenemission das allgemeine Preisniveau durch entsprechende steuerpolitische Maßnahmen stabil zu erhalten. Die Steuerreform, die es ermöglicht, von dem Mittel der Banknotenpresse zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in größtem Ausmaß Gebrauch zu machen, liegt allerdings, wie ich meine, in einer anderen Richtung, als Keynes annimmt. Hängt die Arbeitslosigkeit mit Geldmangel zusammen, so darf eine zwangsläufig den Geldumlauf vermehrende Finanzierungsmethode der Arbeitsbeschaffung nicht allein deswegen abgelehnt werden, weil die Geldvermehrung als solche preissteigernd wirkt und gegebenenfalls auch eine Inflationskrise erzeugen kann. Selbstverständlich muß bei verstärkter Notenemission auch immer rechtzeitig für die Abschöpfung der durch Geldvermehrung entstehenden überschüssigen Kaufkraft vorgesorgt werden. Das aber ist ein ganz anderes Problem.

#### BEKÄMPFUNG VON INFLATIONSKRISEN

##### Ursachen und Wirkungen der Inflation

Die zusätzliche Notenausgabe hat als solche die Tendenz, die Warenpreise in die Höhe zu treiben, und erzeugt, unkontrolliert und im Übermaß gehandhabt, Inflation.

Nur eine übermäßige Notenemission erzeugt Inflation. Wenn die ausgegebene Notenmenge den tatsächlichen Zahlungsbedarf der Wirtschaft übersteigt, muß die überschüssige Kaufkraft die Warenpreise erhöhen. Die Preise steigen zum Vorteil der Produzenten und zum Nachteil der Verbraucher oft weit über das normale Niveau. Die Nachteile der Inflation liegen im Gegensatz zur Deflation weniger auf dem Gebiet der Produktion als vielmehr auf dem der Einkommensverteilung.

Die Inflation verringert den Geldwert, vernichtet ihn oft vollständig, was nicht ausschließt, daß unternehmende Elemente unter geschickter Ausnutzung der Änderungen in der Kaufkraft des Geldes zu Macht und Wohlstand gelangen. Weit größer ist jedoch die Zahl derer, die durch die Geldentwertung so gut wie alles verlieren. Nur ausreichender Sachbesitz schützt vor dem jähen Sturz in die Tiefe. Am bedauerlichsten ist wohl die Lage der von den Früchten früherer Arbeit lebenden Kleinrentner. Die Verarmung so vieler fleißiger und sparsamer Menschen auf der einen Seite, die maßlose Bereicherung geriebener Schieber und Spekulanten auf der anderen sind gewiß höchst unerfreuliche Begleiterscheinungen dieser Art von Krisen. Die in weiten Kreisen verbreitete Angst vor der Inflation ist verständlich. Objektiv betrachtet ist jedoch

die verheerende Auswirkung der Deflation auf die Produktion ein weit größeres Übel, als es die im Gefolge der Inflation beim Versagen der sozialen Gesetzgebung eintretenden Einkommensverschiebungen sind. Die bei der Inflation sofort einsetzende Flucht in die Sachwerte wirkt auf die Güterproduktion und die Beschäftigung der Arbeiter im allgemeinen nicht ungünstig.

Wohl kommt es bei jähem Preisanstieg leicht zu Warenzurückhaltungen, wenn die Nachschaffung von Mangelwaren auf Schwierigkeiten stößt. Doch muß der Produzent schließlich doch verkaufen, wenn ihm an der Erhaltung seiner alten Kundschaft liegt und er seinen Konkurrenten nicht kampfflos das Feld überlassen will. Ein Unternehmer, der die sich ihm in Inflationszeiten bietenden Gewinnmöglichkeiten nicht ausnützt, ist ein schlechter Geschäftsmann.

Gewiß werden in Inflationszeiten die gesellschaftlichen Produktionskräfte infolge von Fehlspekulationen und Fehlinvestitionen häufig nicht so ausgenutzt, wie es sein sollte und sein könnte. Viele auf unsoliden Grundlagen aufgebaute Unternehmungen verschwinden mit der Wiederkehr normaler Verhältnisse. Dauernder Schaden, volkswirtschaftlicher Raubbau ist damit wohl nur ausnahmsweise verbunden. Es ist besser, wenn Arbeit und Kapital falsch beschäftigt sind, als wenn sie überhaupt unbeschäftigt sind. Die wirtschaftliche „Scheinblüte“ der Inflation ist dem Wirtschaftsverfall und Wirtschaftssterben der Deflation noch immer weit vorzuziehen.

Es ist nicht immer leicht zu sagen, wann und unter welchen Umständen ein Preisanstieg, der längere Zeit anhält, krisenhaften Charakter annimmt. Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs sind in der Regel Zeiten steigender Preistendenz. Wenn nach einer Periode wirtschaftlicher Stagnation, nach einer durch sinkende Preise, wirtschaftliche Zusammenbrüche und Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Deflationskrise die Warenpreise wieder anzuziehen beginnen, so gibt das gewiß zu keinen Besorgnissen Anlaß. Die Preise steigen, die Fabriken sind mit Aufträgen überhäuft. Entlassene Arbeiter werden neu eingestellt. Mit der vergrößerten Nachfrage nach Arbeitskräften bessert sich die Entlohnung der Arbeit. Auch die Staatswirtschaft nimmt am allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung teil. Das zunehmende Steueraufkommen ermöglicht die Bereitstellung größerer Geldmittel für Zwecke der Wirtschaftsförderung und der sozialen Fürsorge. Die ganze Wirtschaft steht im Zeichen von Geldfülle. Die Banken tragen dem wachsenden Kreditbedarf der Wirtschaft großzügig Rechnung. Es ist kein Zweifel, daß die Wirtschaftsblüte hauptsächlich mit der erleichterten Geldbeschaffung zusammenhängt und solange andauert, als die optimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Situation vorherrscht. Eine solche Zeit wirtschaftlicher Prosperität und starker Zunahme der Warenproduktion wird nicht leicht in einer Inflationskrise enden, sondern nach den inneren Gesetzen der (unkontrollierten) kapitalistischen Wirtschaft früher oder später durch eine Deflationskrise abgelöst.

In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs steigen die Arbeitslöhne, wodurch die steigende Preistendenz zweifellos verstärkt wird. Die Lage des Arbeiters bessert sich nur dann, wenn die Löhne rascher steigen als die Preise. Das kann in den Anfangsstadien der Wirtschaftsbelebung sehr wohl der Fall sein. Später, wenn die Gefahr einer Abschwächung oder eines Umschwungs der Wirtschaftskonjunktur die Unternehmer zur genauesten Kostenkalkulation zwingt, lassen sich Lohnerhöhungen meist durch Anwendung scharfer gewerkschaftlicher Methoden durchsetzen. Das Gegenstück zu einer monopolistischen Preispolitik der Unternehmer ist eine monopolistische Lohnpolitik der organisierten Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften kennen die Gefahren der Inflation. Die Unzufriedenheit der Arbeiter und das Drängen umstürzlerischer Elemente siegen aber nur zu oft über die bessere Einsicht. Ein jähes Hinaufschnellen der Preise ist nicht selten die Folge übermäßiger Lohnerhöhungen, die, wenn sie unter Mißachtung wirtschaftlicher Möglichkeiten in produktionslähmenden Lohnkämpfen durchgesetzt werden, nur allzu leicht die gefürchtete Lohn- und Preisspirale in Bewegung setzen. Ist die Inflation erst einmal im Gange, dann ist im Wettlauf von Löhnen und Preisen eine Verringerung des Reallohnes trotz stark steigender Nominallöhne die unvermeidliche Folge einer unbesonnenen, verantwortungslosen Lohnpolitik. Übermäßige Preissteigerungen zu verhüten und in die Lohnkämpfe vermittelnd einzugreifen, wäre eigentlich Aufgabe der Regierungen, die in dieser Hinsicht allerdings oft versagen. Die Regierungen tragen häufig genug sogar die Hauptschuld am Ausbruch von Inflationskrisen, wenn sie in schwierigen finanzpolitischen Lagen einfach zur Notenpresse ihre Zuflucht nehmen. Ein unausgeglichener Staatshaushalt ist an sich noch nicht gleichbedeutend mit staatlicher Mißwirtschaft. Die Deckung eines Defizits durch zusätzliche Notenausgabe kann je nach den Umständen töricht und leichtfertig oder klug und weise sein. Es ist ein Unterschied, ob die Notenpresse bei steigender oder bei sinkender Preistendenz zur Anwendung kommt, ob unproduktive Ausgaben oder produktive Arbeitsvorhaben durch zusätzliche Notenausgabe finanziert werden, ob man sich bei steigendem Defizit ganz ausschließlich auf die Notenpresse verläßt oder ob zur Abschöpfung der durch zusätzliche Notenausgabe entstehenden überschüssigen Kaufkraft gleichzeitig auch die Steuerschraube kräftiger angezogen wird.

Alles, was zur Behebung des Gütermangels beiträgt und die Güterproduktion fördert, wirkt der Inflation entgegen. Solange allerdings die nachfragende Geldmenge rascher wächst als die angebotene Warenmenge, kann der Preisanstieg nicht zum Stillstand kommen. Letzten Endes ist die Inflation doch immer durch eine übermäßige Vermehrung des nachfragenden Geldnominals bedingt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie sich von der Geldseite her einfacher und rascher bekämpfen läßt als von der Güterseite her. Im Laufe der Zeit sind verschiedene Methoden zur Beseitigung des Geldüberhangs und zur Abschöpfung

preistreibender überschüssiger Kaufkraft ausgebildet worden. Zu solchen deflatorischen Währungsmaßnahmen entschließt man sich meist erst dann, wenn die Inflation schon weit fortgeschritten ist. Die Unsicherheit, ob und wann es zu diesen oft tief in die Vermögensverhältnisse eingreifenden Maßnahmen kommt, erschwert die Kalkulation und fördert keineswegs die Unternehmungslust. Die Wirkung auf die Vermögensverhältnisse ist sehr ungleichmäßig, von Zufälligkeiten abhängig. Außerdem lehrt die Erfahrung, daß in Zeiten von Gütermangel selbst radikalen Eingriffen in die Geldzirkulation oft nur ein vorübergehender Erfolg beschieden ist und daß die Operation früher oder später wiederholt werden muß.

Es entsteht nun die Frage, ob es nicht eine Methode der Geldabschöpfung gibt, die die Nachteile der bisher zur Anwendung gekommenen Deflationsmaßnahmen vermeidet. Es gibt in der Tat eine solche Methode, die ihren Zweck mit einem Minimum an freiheitswidrigem Zwang, ohne schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens und der Einkommensverteilung erreicht und zu der wir schon aus dem Grunde Vertrauen haben können, weil sie eine ganz normale Methode der staatlichen Geldbeschaffung ist oder doch sein könnte.

#### Geldabschöpfung durch die preisgebundene Warenumsatzsteuer

Nehmen wir an, die Inflation wächst uns über den Kopf, weil wir es versäumt haben, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wir setzen unsere ganze Hoffnung auf ausgiebige Steuererhöhungen. Auf welche Steuer sollen wir uns konzentrieren? Die von vielen als Ideal einer sozial gerechten Steuer angesehene progressive Einkommensteuer scheidet hier wegen ihrer produktionslähmenden Wirkung von vornherein aus. Der auf dem Unternehmergeinn lastende Steuerdruck verträgt keine Steigerung mehr. Gegen eine Erhöhung der heute in die Einkommensteuer eingebauten Lohnsteuer würden sich die Arbeiter mit Recht energisch zur Wehr setzen. Eine Steuer, die in normalen Zeiten zwar wie jede andere Steuer die Preise erhöht, die aber sicherer als alle anderen Steuern einer abnormen, durch Zuvielausgabe von Banknoten veranlaßten Preisüberhöhung entgegenwirkt, werden sie vernünftigerweise nicht ablehnen, am allerwenigsten bei gleichzeitigem Abbau der Lohnsteuer. Die Inflation hat gewaltige Einkommensverschiebungen zur Folge. Schon dieser Umstand allein kompliziert die Aufgabe, auf die Preisentwicklung im Wege der Einkommensteuer Einfluß zu nehmen, ganz außerordentlich. Dazu kommt, daß die Einkommensteuer steuer-technisch zu einer raschen Abschöpfung der von den Preisen abhängigen Gewinne wenig geeignet ist — zumal nicht in ihrer heutigen Form, an der man kaum viel ändern wird, weil die Verschärfung der Einhebungsmethode aus leicht verständlichen Gründen sehr bald auf den heftigsten Widerstand der Steuerzahler stoßen müßte. Es vergeht eine geraume Zeit, bis diese auf Grund der Einkommensverhältnisse im letztvergangenen Jahr veranlagte Steuer im Wege von

Vorauszahlungen und endgültig durch die Abschlußzahlung eingehoben ist. Soll die steigende Tendenz der Preisentwicklung möglichst schon im Keime erstickt werden, muß die Besteuerung direkt bei der Preisbildung, also beim Warenumsatz einsetzen.

Je höher die Preise klettern, desto gründlicher sorgt die Warenumsatzsteuer für die Abschöpfung der überschüssigen und schädlichen Kaufkraft bis zum vollständigen Verschwinden des Geldüberflusses. Eine Erhöhung des Steuersatzes wird den Prozeß der Geldabschöpfung beschleunigen und die Inflation rascher beenden. Allzu ängstlich braucht man in dieser Hinsicht nicht zu sein. Es ist nicht notwendig, gleich das schwerste Geschütz aufzufahren, die Erhöhung der Steuer bis zum kritischen Punkt zu treiben, an dem der Ertrag der Steuer zwar ein Maximum erreicht, der Umsatz selbst aber zu sinken beginnt. Die Wirkung der Steuer auf den Warenpreis wird auch bei einem bedächtigeren Vorgehen nicht ausbleiben.

Infolge ihres unmittelbaren Zusammenhangs mit dem Warenpreis eignet sich von allen Steuern gerade die Warenumsatzsteuer am besten zur Preislenkung und Preisstabilisierung. Nicht in ihrer heutigen Form und fiskalischen Ausgestaltung! Aber die Umsatzsteuer kann reformiert werden, sie kann, was die Hauptsache ist, so gehandhabt werden, daß ihre preissteigernde Wirkung überhaupt nicht zur Geltung kommen kann und daß bei der Festsetzung ihres Steuersatzes ganz ausschließlich der Zweck der Stabilisierung des allgemeinen Preisgefüges maßgebend ist. Das Aufkommen unserer Steuer hängt nicht allein von der Höhe des Steuersatzes, sondern gleichzeitig auch vom Warenumsatz, mit anderen Worten vom Geldumlauf ab. Im Zusammenspiel mit einer klug gelenkten Emissionspolitik des zentralen Noteninstituts könnte uns die Warenumsatzsteuer ganz wesentlich die Aufbringung der gewaltigen Geldsummen erleichtern, die zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zum Ausbau eines sozialen Wohlfahrtsstaates erforderlich sind. Wir könnten die Notenemission ganz bedeutend verstärken, ohne die Gefahr einer Inflation heraufzubeschwören.

Die sanfte indirekte Methode der Warenumsatzsteuer wirkt nicht von einem Tag zum anderen. Aber die Abschöpfung der überschüssigen Kaufkraft setzt keinen Tag aus, an dem die Kaufläden geöffnet sind. Das Aufkommen der Umsatzsteuer (einer entsprechend reformierten Warenumsatzsteuer) wächst automatisch von Tag zu Tag, es hält gleichen Schritt mit der Steigerung der Produktion und des Warenumsatzes, aber auch mit dem Steigen der Warenpreise. Keine andere Steuer paßt sich dem wachsenden Warenvolumen und dem steigenden Preisniveau so elastisch an wie die Warenumsatzsteuer.

Die Wirkung der Steuer auf den Warenpreis, die sehr verschieden sein kann, je nachdem, ob das Warenangebot die Nachfrage überwiegt oder umgekehrt die Nachfrage das Angebot, tritt bei einer unmittelbar mit dem Warenpreis zusammenhängenden Steuer naturgemäß am raschesten in Erscheinung. Das ist kein Nachteil, soweit wir durch Steuermaßnahmen direkt



auf das allgemeine Preisgefüge einwirken wollen, sondern ein unbestreitbarer Vorteil. Versagen in Krisenzeiten lohnpolitische Maßnahmen, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft trotz der Krise soweit wie möglich aufrecht zu erhalten, so können unter Umständen steuerpolitische Maßnahmen weit wirksamer zur Krisenbekämpfung herangezogen werden. Ein stärkeres Anziehen der Steuerschraube wird in Inflationszeiten seine Wirkung auch dann nicht verfehlen, wenn im übrigen das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte vielleicht sogar verstärkt weitergeht.

Die Umsatzsteuer ließe sich sehr wohl so ausgestalten, daß die Einhebung des staatlichen Anteils am Verkaufserlös der Zahlung des Käufers unmittelbar folgt. Das liegt im Wesen der Sache, und die Verbraucher, die wahren Steuerträger, haben nicht den mindesten Grund, sich dagegen aufzulehnen, weil sie ja mit der Einhebung der Steuer überhaupt nichts zu tun haben. Die Umsatzsteuer fällt unmittelbar auf den Verbrauch und die Verbraucher. Gerade das, was in Wahrheit ein Vorzug ist, weil bei dieser Steuer die Wirkung auf den Verbrauch am leichtesten erkannt und berücksichtigt werden kann, hat sie in Mißkredit gebracht. Bedenken wir doch, daß eine zur Preisstabilisierung benutzte Steuer, die sich wie keine andere zur Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft eignet, richtig gehandhabt unmöglich preistreibend wirken kann! Wird die Steuer erhöht, geschieht dies, um ein Ansteigen der Preise zu verhindern. Von einer Benachteiligung der Verbraucher kann unter diesen Umständen gewiß keine Rede sein. Die Verbraucher haben von einer Steuer, deren Hauptzweck die Stabilisierung des allgemeinen Preisgefüges ist, nichts zu fürchten. Wie steht es mit den Produzenten?

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß zum mindesten die außergewöhnlichen Gewinne, die die Unternehmer in Inflationszeiten bisher mangels eines wohlfunktionierenden Steuersystems eingeheimst haben, bei Durchführung unseres Vorschlages aufhören werden. Je höher der Warenpreis, desto größer — zumal bei einer gleitenden Steuerskala — die vom Unternehmer abzuführende Steuer. Verliert der Kaufmann das Interesse am Hochtreiben der Preise, so wird er auch rascher zu reellern kaufmännischen Methoden zurückfinden. Er wird die Waren, wenn sich die Käufer in den Verkaufsläden drängen, nicht mehr zurückhalten, um sie später mit höherem Gewinn loszuschlagen. Denn auf die höheren Preise hat jetzt auch der Staat seine Hand gelegt, indem er eine entsprechend höhere Quote für sich beansprucht.

Die Kaufläden werden gar oft ganz leer sein. Aber die Produktion wird nicht aufhören, wenn der geltende Steuersatz dem Produzenten seinen bürgerlichen Gewinn beläßt. Nur der systematischen Ausplünderung der Verbraucher durch die Produzenten wird ein Riegel vorgeschoben. Der Staat ist, wenn das Aufkommen der Umsatzsteuer entsprechend steigt, nicht mehr auf die Notenpresse angewiesen. Die Inflation wird, von unserer Steuer an der Wurzel erfaßt, früher oder später in sich selbst zusammenbrechen.

Das allgemeine Preisniveau muß stabilisiert werden, ohne daß die Produktion durch eine zu hohe Abgabe vom Warenumsatz an ihrer vollen Entfaltung gehemmt wird. Von der richtigen Wahl des Steuersatzes hängt speziell in Inflationszeiten sehr viel ab. Je stärker die Preise steigen, desto höher kann der Steuersatz sein. Unvermittelte Änderungen des Steuersatzes müssen natürlich im Interesse einer ruhigen Entwicklung der Wirtschaft nach Möglichkeit vermieden werden. Noch fehlerhafter wäre aber ein starres Festhalten an einem Steuersatz, der mit den gegebenen Entwicklungstendenzen der Wirtschaft nicht im Einklang steht. Mit einem Herumprobieren und Abwarten, wie die Wirtschaft auf Änderungen des Steuersatzes reagiert, ist uns natürlich auch nicht gedient. Wir müssen uns bemühen, möglichst methodisch vorzugehen.

Grobe Fehler lassen sich bei einem System gleitender Umsatzbesteuerung vermeiden. Ein solches System, das speziell in Inflationszeiten den Preisanstieg wirksam abbremsen könnte, setzt natürlich die amtliche Ermittlung und Notierung der erzielten Durchschnittspreise der Waren voraus, die bei der durch unser Steuersystem bedingten Kontrolle der Wirtschaft ja keinerlei Schwierigkeiten bereitet.

#### Behebung des Gütermangels

Ein Einwand liegt nahe: Inflation ist oder war wenigstens bisher eine fast regelmäßige Begleiterscheinung eines Absinkens der Gütererzeugung. Bei Gütermangel ist der Umsatz gering. Ein erheblicher Teil der vorhandenen Gütervorräte versickert auf dem illegalen Markt. Die Preise der kontrollierten bewirtschafteten Güter werden künstlich niedrig gehalten. Der Ertrag der Umsatzsteuer ist unter diesen Umständen unbedeutend, und es kann fraglich erscheinen, ob er durch eine entsprechende Erhöhung des Steuersatzes so gehoben werden kann, daß der Geldüberhang auf diesem Wege in absehbarer Zeit beseitigt wird.

Wir haben bei unseren Deduktionen die freie Wirtschaft im Auge. Es soll nicht geleugnet werden, daß in ganz besonderen Ausnahmefällen, in der Zeit allergrößten Gütermangels, eine planvolle Bewirtschaftung lebenswichtiger Bedarfsgüter nicht zu umgehen ist, um einen völligen Zusammenbruch der menschlichen Kulturgemeinschaft zu verhüten. Solche planvollen Maßnahmen sind recht wohl auch im Rahmen der freien Wirtschaft möglich. Seit Kriegsende haben sich die Verhältnisse einigermaßen normalisiert. Kein vernünftiger Mensch denkt heute mehr an eine Rückkehr zu den aus der ersten Nachkriegszeit noch in übelster Erinnerung stehenden Zwangsmethoden der autoritären Wirtschaft. Um gewisse Reformen wird man allerdings nicht herumkommen, wenn Nachteile, die die freie Wirtschaft bei unzulänglichem Warenangebot, aber auch in normalen Zeiten für die ärmere Bevölkerung hat, nicht unliebsam in Erscheinung treten sollen. Nichts wird die Unternehmerlust und damit auch die Güterproduktion mehr fördern als der Abbau der produktionslähmenden direkten Steuern und ihre Ersetzung durch die preisregelnde, inflationshemmende Warenumsatzsteuer.

Wir wollen im folgenden den die größten Schwierigkeiten bereitenden Hauptfall einer nach einer Periode relativen Wohlstandes durch ausgedehnte Kriegszerstörungen hervorgerufenen Inflation etwas schärfer ins Auge fassen, um zu zeigen, daß selbst in den kritischsten Zeiten größten Gütermangels die Vorzüge unseres reformierten Finanzsystems auch bei Aufrechterhaltung der Grundsätze der freien Wirtschaft nicht ganz verloren gehen können.

In unserem reformierten Finanzsystem könnte die Preisbildung im wesentlichen sich selbst überlassen bleiben. Das schließt eine Überwachung des Preiswuchers und allzu hoch bemessener Handelsspannen nicht aus. Wenn gleichzeitig die Kaufkraft der besitzlosen Gesellschaftsklassen durch eine energisch und klug alle gegebenen Möglichkeiten ausnützende Lohn- und Sozialpolitik entsprechend erhöht wird, wird die Güterproduktion rasch zunehmen und die Inflationskrise verhältnismäßig bald überwunden werden. Der ungünstige Einfluß der Inflation auf die Einkommensverteilung wird sich in engen Grenzen halten.

Wir wollen zugeben: Bei Gütermangel muß es in der freien Wirtschaft zu einer Inflation kommen, wenn der Staat mehr Geld ausgibt, als er einnimmt. Die Preise steigen, solange der Gütermangel anhält, trotz der Umsatzsteuer. Das beweist gar nichts gegen die inflationshemmende Wirkung der Umsatzsteuer. Die Preise steigen — aber langsamer als es ohne Umsatzsteuer der Fall wäre. Der Preisanstieg wird früher zum Stillstand kommen.

Gewiß, die Preise werden steigen, solange der Staat sein Defizit durch zusätzliche Notenausgabe deckt. Aber das Defizit wird sich bald verkleinern. Die Zunahme des Notenumlaufs belebt die Produktion und den Warenumsatz. Mit dem Umsatz und den Preisen steigt auch das Aufkommen der Umsatzsteuer, deren Steuersatz im Zuge der Durchführung einer umfassenden Steuerreform, bei Fortfall der direkten Besteuerung des Einkommens und wachsender Kaufkraft der Bevölkerung, auch eine starke Steigerung verträgt, wenn nur dafür gesorgt wird, daß alle Hände vollbeschäftigt sind und die Arbeit auch entsprechend entlohnt wird. Sind alle Arbeitswilligen in den Produktionsprozeß eingeschaltet, was allerdings ein gewisses Maß staatlicher Planung voraussetzt, sich aber im Wege der zusätzlichen Notenausgabe auch ohne staatlichen Zwang erreichen läßt, wird auch der Gütermangel verhältnismäßig rasch schwinden.

Die Hauptfrage bleibt jedenfalls immer die, wie der Gütermangel am raschesten überwunden werden kann und welches Finanzsystem in dieser Hinsicht am wirkungsvollsten ist. Die beliebte Förderung des Exports durch Währungsabwertung ist nicht gerade das geeignetste Mittel, dem Gütermangel im Inland in der raschesten Art ein Ende zu bereiten. Es besteht die Gefahr, daß andere Länder aus Konkurrenzgründen die gleichen Maßnahmen ergreifen. Ein Weg, der direkt in die Inflation führt, die alle gern vermeiden möchten! Um die unheilvollen Wirkungen der Inflation auf die Versorgungslage der ärmeren Gesellschaftsschichten

nach Möglichkeit zu mildern, werden von allem Anfang an alle Bemühungen darauf konzentriert werden müssen, den korrumpierenden, die ganze Wirtschaft vergiftenden, die öffentliche Moral untergrabenden schwarzen Markt bis auf den letzten Rest auszuschalten. Das erfordert wohl einen entsprechenden Mehraufwand an staatlichen Mitteln, deren Aufbringung unter unseren Voraussetzungen aber nicht allzu schwer sein dürfte.

#### Geldabschöpfung durch Notenumtausch

Die Umsatzsteuer ist nicht die einzig mögliche Form der Inflationsbekämpfung von der Geldseite her. Es gibt Geldabschöpfungsmethoden, die den sich in gewissen Händen anhäufenden Geldüberfluß rascher und radikaler beseitigen als eine beim Warenumsatz eingehobene Steuer. Die Warenumsatzsteuer ist eine Methode der Währungsstabilisierung, aber keineswegs die einzige währungspolitisch in Frage kommende Steuer. Ein Notenumtausch, der häufig in der einfachsten Form einer Notenabstempelung erfolgt und wobei in allen Fällen nicht nur das umlaufende Geld, sondern auch gehortete Geldbestände und Bankguthaben das Ziel des staatlichen Zugriffes sind, ist ja im gewissen Sinne auch eine Steuer — eine direkt den Geldbesitz treffende Abgabe, die sehr wohl geeignet ist, die durch eine übermäßige Notenemission verursachte Geldüberfülle mit einem Schlag zu beseitigen. Mit dem Grundgedanken unseres finanzpolitischen Reformvorschlages sind solche Währungsmanipulationen an sich nicht unvereinbar.

„Währungsreformen“ hat es in der letzten Zeit genug gegeben, aber bei keiner ist es ohne eine schwere Benachteiligung einzelner und ganzer Bevölkerungsgruppen abgegangen. Man hat die Methoden verfeinert, aber darüber, worauf es eigentlich ankommt, ist man sich offenbar doch nicht ganz im klaren.

Entschließt man sich zwecks Festigung der Kaufkraft des Geldes zu einer radikalen Geldabschöpfung, so wird heute nach Möglichkeit auf die Interessen der kleinen Leute Rücksicht genommen. Man billigt etwa bei einem Notenumtausch einem jeden die gleiche verlustfrei umzutauschende Kopfquote zu und läßt nur die Wohlhabenderen die ganze Wucht der Reduktion des Geldnominals fühlen. Auch die Interessen der Kleinsparer werden gewahrt, die Spareinlagen differenziert behandelt. Man kann auf diese Weise den unheilvollen Einfluß der Inflation auf die Einkommensverteilung einigermaßen abschwächen; eine endgültige Bannung der Inflationsgefahr und der Gefahr von Geldkrisen überhaupt wird hierdurch natürlich nicht erreicht. Eine so radikale Geldreform birgt immer die Gefahr in sich, daß an Stelle der früheren Geldüberfülle Geldmangel eintritt und daß die in Zeiten von Gütermangel so wichtige Steigerung der Güterproduktion dadurch schwer beeinträchtigt wird. Ein einfacher Notenumtausch ändert nicht viel an der wirtschaftlichen Situation. Aber natürlich ist der Notenumtausch meist nur ein Glied in der Kette der Maßnahmen, durch die man der Inflation energisch zu Leibe rückt. Die üblichen

Deflationismethoden retten vielleicht die Währung, aber die mit höchst bedenklichen Mitteln forcierte Rettungsaktion bringt die Wirtschaft unter Umständen in schwere Bedrängnis.

Man kann die Währung und das ganze Finanzsystem sanieren, ohne der Wirtschaft die notwendigen Geldmittel zu entziehen und den Steuerdruck ins Unerträgliche zu steigern. Man kann die Wirtschaft ins Gleichgewicht bringen ohne Konfiskation von Bankguthaben, ohne offenen oder versteckten Staatsbankrott. Der Übergang zu einem in jeder Einzelheit auf freiheitlichen Grundlagen ruhenden Finanzsystem wird in jeder Hinsicht Erleichterung schaffen und kaum irgendetwas auch nur vorübergehend schädigen, selbst dann nicht, wenn das neue System als Ganzes ohne jede Verzögerung sofort in Kraft gesetzt wird. Was wirklich nützt und im Rahmen einer planvoll gelenkten Wirtschaft auch ganz sicher erreicht werden kann, läßt sich in wenigen Worten sagen:

Das Wichtigste ist ohne Zweifel die vollständige Abschaffung aller das Arbeitseinkommen und den Ertrag der wirtschaftlichen Unternehmungen belastenden direkten Steuern und die Ausrichtung des ganzen Steuersystems auf die preisgebundene, preisregelnde Umsatzsteuer.

Der Steuersatz dieser entsprechend reformierten Steuer wird so festgesetzt, daß ihr Aufkommen bei dem gegebenen Warenvolumen und bei ungestört fortlaufender Produktion zur Beseitigung des staatlichen Fehlbetrages in einer angemessenen Zeit gerade ausreicht. Wir werden den Steuersatz zunächst lieber etwas niedriger festsetzen, da eine zu hohe Steuer den Warenumsatz ungünstig beeinflussen könnte. Nur wenn die Preise trotz zunehmender Produktion bei dem gegebenen Steuersatz besorgniserregend weiter steigen, muß die Steuer zur Abbremsung des Preisanstiegs entsprechend erhöht werden.

**Summary:** Monetary Crises and How to Avoid them. The author begins with an analysis of the causes of trade crises which he traces back essentially to monetary disproportions and which he consequently divides into deflationary and inflationary crises. He bases his theory on the assumption that all trade crises can be prevented or overcome by monetary measures, i. e. by a "right" volume of money in circulation, and by way of logical deduction he sets out a system of measures to counter-act deflationary or inflationary crises. The basic idea in his reflections is that deflation can safely be countered by generous government note issue if the tax system has first been reformed so as to place the main emphasis on a gliding-scale tax on the turnover of goods, whereby it would be possible to withdraw surplus money from circulation immediately after it has passed the production process, i. e. when the goods are sold. Surplus money would thus flow back to the State, and inflation would be avoided.

**Résumé:** Crises monétaires — prophylaxie et remèdes. Dans son exposé sur les causes des crises conjoncturelles l'auteur regroupe celles-ci en crises inflationnistes et déflationnistes provoquées, toutes les deux, par des facteurs de détraquement monétaire. Il part de l'idée que les crises conjoncturelles peuvent être empêchées ou supprimées par des mesures monétaires, i. e. par un approvisionnement en argent „approprié“ de l'économie. L'auteur se sert de déductions logiques pour établir un système de mesures pour la lutte contre les crises inflationnistes et déflationnistes. Il n'hésite pas à offrir le remède suivant: L'état devait combattre les crises déflationnistes par une émission de billets de banque à grande échelle, à condition d'avoir procédé, préalablement, à une réforme fiscale, définie ainsi: Cette réforme devrait mettre l'accent sur l'impôt sur le chiffre d'affaires en tant que faisant l'objet d'une stipulation portant sur les prix. Alors il serait possible d'absorber l'argent excédentaire directement après son passage par le procédé de production, i. e. lors de la vente. De cette façon l'inflation serait empêchée.

Bei weit fortgeschrittener Inflation läßt sich eine Herabsetzung des Geldnominals nicht umgehen. Das Rechnen mit großen Zahlen ist unbequem, und die hohen Preise könnten beim Vergleich mit dem früheren Preisniveau leicht den Eindruck einer noch fortdauernden Inflation erwecken. Wir werden also im Wege einer einfachen Umtauschaktion das Geldnominal entsprechend herabsetzen und hätten nur darauf zu achten, daß aus einer solchen Maßnahme niemandem ein Nachteil erwachse.

Während bei allen bisherigen Währungsreformen, soweit sie sich im wesentlichen auf eine einfache Geldabschöpfung beschränkten, das größte Gewicht darauf gelegt wurde, über den Zeitpunkt und die Modalitäten der geplanten Reform ja nichts vorzeitig zu verlautbaren, um Gegenmaßnahmen der Betroffenen zu verhindern, ist in unserem Falle eine Geheimhaltung ganz überflüssig. Es wird auch dann, wenn über diese gewiß radikale Neuordnung des Geldwesens und der ganzen Wirtschaft in aller Öffentlichkeit diskutiert wird, zu keinen Panikerscheinungen und Wirtschafterschütterungen kommen. Wir müssen uns nur darüber im klaren sein, daß das wahre Heilmittel gegen eine Noteninflation nicht eine noch so radikale Geldabschöpfung ist, sondern eine Reform des Steuerwesens, die recht wohl auch mit einer weitherzigeren Notenemissionspolitik Hand in Hand gehen kann. Ist das Preisgefüge erst einmal durch eine krisenverhütende, inflationshemmende Steuermethode gegen jede Erschütterung gesichert, so ist auch die Bahn frei für eine zusätzliche Notenausgabe und immer neue Notenemissionen, wie sie der Stand der Wirtschaft jeweils erfordert.

*Zu ergänzenden Ausführungen über das vorgeschlagene System einer preisgebundenen Warenumsatzsteuer verweisen wir auf eine Abhandlung des Verfassers im Wirtschaftsdienst, Juli 1952: „Vorschläge zu einer umfassenden Steuer- und Finanzreform“.*

**Resumen:** Las crisis monetarias y su prevención. A modo de introducción el autor hace una descripción de las causas de las crisis coyunturales, que según su opinión, estriban principalmente en factores de trastorno de moneda y divide esos trastornos en crisis de deflación y crisis de inflación. Parte de la suposición de que todas las crisis coyunturales podrían ser evitadas por medidas monetarias, y por un „justo“ abastecimiento de la economía de dinero. El autor desarrolla, en una deducción lógica, un sistema de medidas para combatir las crisis de deflación e inflación. El núcleo de sus explicaciones es el pensamiento de que se podría combatir las crisis de deflación por una generosa emisión de billetes de Banco por el Gobierno, después de haber creado previamente, por una reforma del sistema tributario basado principalmente en el impuesto sobre las ventas ligado a los precios, la posibilidad de retirar el dinero sobrante de la circulación, es decir a la venta de la mercancía, y de devolverlo al fisco, después de su circulación a través del proceso productivo, evitando así una inflación.